

Bezugspreis:
Bietungspreis
durch Boten 2,50 M.
Bei den Postämtern
auschl. Postgebühren
8 M.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Gmünd.

Gmünder Zeitung



Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Kleinzeile 90 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gmünd, Adm. Nr. 7.
Herrn Dr. H. Chr. Sommer.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Herrn Dr. H. Chr. Sommer.

(Kreis-Anzeiger)

(Lohn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 272

Bad Gmünd, Mittwoch, den 26. November 1919

71. Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Der Papst

für Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Der Münchener, 26. Nov. Die Correspondenz Hofmann meldet amtlich: Nach Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs an die hiesige päpstliche Nuntiatur hat sich der St. Stuhl in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtstag zu erwirken.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Der Berliner, 26. Nov. Das Kabinett beschäftigt sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage des Betriebsrätegesetzes, dessen wichtigerer Paragraph morgen in der Kommission in erster Linie zur Abstimmung steht. Es ist einstimmig die Ansicht dahin fund, daß das Gesetz vor Beginn der Weihnachtstferien in allen drei Lesungen verabschiedet und daß es von der Zustimmung der die Regierung bildenden Parteien getragen werden müsse.

Der Berliner, 26. Nov. Zum Betriebsrätegesetz haben, wie der Volksanz, erzählt, die Demokraten seither formulierte Kompromißanträge ausgearbeitet, die dem Ausschuss heute vorgelegt werden sollen. Vor der Ausschussung werde der interfraktionelle Ausschuss zusammentreten, um zu versuchen, ein Kompromiß zustande zu bringen.

Der Ertrag der Reichsteuern.

Der Berliner, 26. Nov. Wie der Volksanz, erzählt, soll die Reichseinkommensteuer 8 Milliarden Mark einbringen. Bei der Kapitalertragssteuer in ihrer neuen Gestaltung rechnet man mit 1-4 Milliarden.

Hugo Haase's Nachfolger.

Der Berliner, 26. Nov. Laut Tageblatt wurde in der gestrigen Fraktionsversammlung der unabhängigen sozialistischen Partei anstelle des verstorbenen Abgeordneten Hugo Haase Henke und Meyer, Leipzig, zu Fraktionsvorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt.

Der Kampf um die Zwangswirtschaft.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft hat, wie wir bereits kurz mitteilten, in einer eingehenden Verhandlung mit den landwirtschaftlichen Körperschaften die Lage der Ernährungswirtschaft beraten und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß sofortige Maßnahmen notwendig seien, wenn der drohende völlige Zusammenbruch noch aufgehalten werden sollte.

Die grundsätzlichen Forderungen, die von der Landwirtschaft in dieser Beziehung gestellt werden, sind in einer Rundgebung niedergelegt worden, die folgende Forderungen enthält:

1. Daß die Fleischbewirtschaftung sofort aufgehoben wird, da sie in Wirklichkeit nur noch auf dem Papier steht, aber durch die unter Strafe gestellten Vorschriften die Landwirtschaft in der zweckmäßigen Bewirtschaftung ihrer Viehbestände aufs äußerste lähmt. Die Tätigkeit der Reichsfleischstelle kann sich nach Aufhebung der Bewirtschaftung des aus der inländischen Erzeugung stammenden Fleisches nur mehr auf die Verteilung des eingeführten Fleisches beschränken. Eine fühlbare Beeinträchtigung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sei durch die Aufhebung der Viehwirtschaft nicht zu befürchten, da die festgesetzten Fleischrationen schon jetzt fast nirgends verteilt werden können, und da der im freien Markt sich bildende Fleischpreis erheblich unter dem jetzigen Schleifhandelspreis liegen werde. Auch die Befürchtung, daß durch die Freigabe des Viehhandels eine volkswirtschaftlich nachteilige Schwächung der Viehbestände eintreten würde, treffe nach übereinstimmender Auffassung der landwirtschaftlichen Verbände nicht zu.

2. Daß das Reichswirtschaftsministerium sofort amtlich erklärt, daß von einer Zuckerbewirtschaftung im nächsten Erntejahre abgesehen wird. Der Anbau der Zuckerrüben ist durch die bisherige Bewirtschaftungs- und Preispolitik der Regierung so zurückgegangen, daß Deutschland aus dem größten Exportland für Zucker zu einem Importland geworden ist, was mit der eigenen Erzeugung nur einen geringen Teil des inländischen Bedarfs decken kann. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn in Zukunft alle behördlichen Eingriffe in die Zuckervirtschaft und die Zuckerpreise unterbleiben. Die Stellungnahme muß jetzt sofort erfolgen, weil jetzt die Felder für den nächstjährigen Anbau vorbereitet werden müssen und weil mit Sicherheit zu befürchten ist, daß der Unterlassung einer solchen Bekanntgabe der Anbau der Zuckerrüben im nächsten Jahre noch erheblich weiter zurückgeht. Eine übermäßige Ausdehnung des Zuckerrübenanbaus kann auch bei harter Striguna der Preise schon wegen der Arbeiterverhältnisse nicht eintreten.

3. Die Deckung des Bedarfs an Brotgetreide kann nur erwartet werden, wenn der Landwirtschaft zu einer besseren Ernährung der im Betriebe beschäftigten Personen und zur Erhaltung der Wirtschaften ein größerer Teil als bisher beizugehen wird. Eine möglichst ausgiebige Bereitstellung von Brotgetreide ist auch, wenn dieser ersten Forderung Rechnung getragen wird, mit Rücksicht auf den Wegfall der Frühjahrsprämie nur zu erwarten, wenn durch ein Prämiensystem die Widerstände überwunden werden, die einerseits in der Abneigung gegen die Zwangswirtschaft, andererseits in den hohen Preisen für Getreide liegen, die im In-

lande zwischen dem Preis für Brotgetreide und dem auf dem freien Markt sich bildenden Preis für Hafer und dem, gegenüber dem Inlandspreis um ein vielfaches höheren Weltmarktpreis für Brotgetreide bestehen. Die Prämien wären in der Weise zu gestalten, daß bei Ablieferung von mehr als 70 Prozent und bis 80 Prozent des nach Abzug des Eigenbedarfs verbleibenden Lieferungssolls 100 Mark je Tonne, bei 80 bis 90 Prozent 180 Mark, bei 90 bis 100 Prozent 250 Mark und bei über 100 Prozent 300 Mark Zuschlag für die Tonne der gesamten Ablieferungen festgesetzt wird. Diese Preissteigerung durch Prämien sei auch deshalb unbedingt erforderlich, um den ungeheuren Preisunterschied einigermaßen auszugleichen, der infolge des Standes unserer Baluta zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis für Brotgetreide besteht und zwangsläufig zu einem starken Abstrom des inländischen Getreides über die Grenzen führt. Denn der Gewinnanreiz bei der Ausfuhr von Getreide ist bei der jetzigen Preisgestaltung so groß, daß keinerlei staatliche Zwangsmittel sie hindern werden. Tatsächlich besteht auch schon an allen Grenzen, besonders im Westen, aber auch gegen Polen, die Schweiz, Holland und Dänemark ein lebhafter Schmuggel mit Getreide, der infolge der hohen Schmirgelzölle, die bezahlt werden, durch die Grenzüberwachung nicht verhindert werden kann.

Nach Erfüllung des Lieferungssolls müßte der Landwirt die freie Verfügung über seine Bestände an Brotgetreide im eigenen Betrieb erhalten und nicht mehr durch behördliche Vorschriften und Kontrollen eingeengt werden. Die selbstverständliche Voraussetzung für dieses Lieferungs-soll ist auch hier, daß die Umlage nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes und nicht lediglich nach einer errechneten Bedarfssumme bemessen wird.

4. Die von der Reichsgetreidekasse aufrecht erhaltene vollständige Beschlagsnahme der Getreide, von der nach dem Plan der genannten Stelle doch nur ein geringer Teil der Ernte zur Brotbereitung und zur Nahrungsmittelherstellung verwendet werden soll, muß aufgehoben werden, da es genügt, wenn eine Landlieferung von etwa dem dritten Teil der Ernte ausgeschrieben wird. Die übrige Ernte muß dem Landwirt zur freien Verwendung im eigenen Betrieb belassen werden, da es sonst unmöglich ist, unsere Fleisch- und Fettversorgung, die in der Hauptsache nur durch Wiederbelegung der Schweinehaltung gehoben werden kann, auch nur einigermaßen zu sichern.

5. Ein den Vorschlägen in Ziffer 3 entsprechend angepasstes Verfahren muß, wenn eine völlige Aufhebung der Bewirtschaftung ganz unmöglich ist, auch bei der Beschaffung der Kartoffeln Platz greifen, da bei dem den Erwartungen nicht entsprechenden Ausfall der Ernte eine genügende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu den jetzigen Preisen nicht durchführbar ist. Daß bei den Kartoffeln der Grundgedanke der notwendigen Berücksichtigung der Viehwirtschaft in erster Linie auszuwählen sein muß, ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Wiederanfertigung der Schweinehaltung neben der Bewirtschaftung der erforderlichen Getreide völlig von der Art der Bewirtschaftung der Kartoffeln abhängig ist.

Diese Forderungen werden von der deutschen Landwirtschaft erhoben mit Rücksicht auf den Ernst der Lage. Sie sind so weitgehend, daß sie mit einem runden Ja oder Nein nicht abgelehnt werden können. In den Widerstreit der Interessen gestellt, sollten sie unter Ausschaltung von Parteipolitik auf ihre Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit geprüft werden.

Demgegenüber hat der Vorstand des Deutschen Städtebundes an den Reichsanwalt und an das Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe gerichtet, worin er betont, entgegen der Forderung der Verbände der deutschen Landwirtschaft, zurzeit und zunächst während der schwierigsten Krise, die wir seit Beginn des Krieges erleben, an dem bestehenden Zwangswirtschaftssystem mit seinem Ablieferungs- und seiner Zwangspreisbildung im Interesse der Verbraucher festzuhalten. In der Begründung heißt es unter anderem:

Es ist ein Grundrertum, der in dieser Deutlichkeit zum ersten Male aus den landwirtschaftlichen Kreisen in die Erscheinung tritt, daß unsere Produktion an der wildernatürlichen Preisbildung des Auslandes gegenüber dem Inlande teilhaben müsse. In Friedenszeiten hat die Landwirtschaft den Anspruch erhoben, aus eigener Kraft das Inland zu ernähren. Sie ist, um in diese Fähigkeit hineinzuwachsen, von ihrem Volke mit starkem Schutze umgeben worden. Unter dem Zwange des Krieges wurde die Aufgabe tatsächlich erfüllt, auf Seiten der Landwirte mit Ueberwindung von Produktionschwierigkeiten, auf Seiten der Verbraucher unter harten Entbehrungen. Es wäre verhängnisvoll, wenn in der vielleicht noch gefährlicheren Nachkriegszeit die inländische Wirtschaft in zwei Gruppen sich spaltete, die eine, die den vollen Vorteil der ausländischen Währung genießt, die andere, die durch den Eintritt der eigenen Landwirtschaft zu der Uebermacht des Auslandes noch fünfmal härter belastet wird, als sie es ohnehin ist. Wenn, wie es schon jetzt und auch in der neuesten Rundgebung für die Viehsteuern geschieht, von den Erzeugern reichlos und ohne Besorgnis vor einer Gegenwirkung erklärt werden darf, daß die Zwangswirtschaft nur noch auf dem Papier besteht, während im freien Handel Lebensmittel ohne Markten überall zu haben seien, so müssen die Stadtverwaltungen ihrerseits erklären, daß sie unter solchen Voraussetzungen die Ernährung ihrer Bürger nicht mehr werden durchzuführen vermögen. Zum Schluß wird in der Eingabe ausgeführt, daß die Städte gern bereit seien, in elmsüßigem Zusammenwirken mit der

Landwirtschaft alle Fragen zu prüfen, insbesondere auch die für die einzelnen Versorgungsgebiete vorgebrachten Forderungen. Die Städte wollten jetzt schon aussprechen, daß die geforderte Gewährung von Prämien auf dem einen oder anderen Gebiete auch nach ihrer Auffassung unter Umständen notwendig werden könne.

Die Kartoffel- und Rüben-Katastrophe.

Die „D. Tagesztg.“ unternimmt es, durch Einholen von telegraphischen Berichten aus allen Teilen Deutschlands, zu beweisen, daß wir nicht vor der Kartoffelkatastrophe stehen, sondern uns schon mitten in ihr befinden. Die Berichte über die in ihrer furchtbaren trodenen Feststellung die schlimmsten Befürchtungen. Den Telegrammen ist eine ausführliche Einleitung vorausgeschickt, der wir folgende Stelle entnehmen:

„Die Katastrophe ist da. In einem Umfang, der, wie die weiter unten wiedergegebenen Meldungen aus den einzelnen Landesteilen erkennen lassen, geradezu grauenerregend ist. War es schon vor dem Eintritt des Wettersturzes äußerst zweifelhaft, ob der den Regierungsekreten betu. zzt. Minimums bezuglich d. d. Ernteaussalles berechtigt sei, so ist heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß wir einer Entvölkerung entgegengehen, die nur durch die zu eigenlicher Hungersnot führen kann. Die Statistik-Korrespondenz des preussischen Statistischen Landesamtes hat für den voraussichtlichen Erntertrag aus Grund der Beobachtungen gegenüber dem Vorjahr bereits einen Ausfall von 12,5 Prozent bei den Kartoffeln, 14,5 Prozent bei den Rüben, 17,3 Prozent bei den Zuckerrüben und 31,2 Prozent bei den Futterrüben errechnet. Dazu jetzt der Frostschaden an diesen Früchten, der verhältnismäßig noch schlimmer bei den Futterrüben am größten ist. In den Meldungen unserer Vertrauensleute aus den Provinzen, in Dutzenden von schwerbesorgten Zuküfsten aus landwirtschaftlichen Kreisen an und tont es immer wieder: Hungersnot, Hungersnot, 8-10 Tausend tag Streiks. Das sind die Gründe, weshalb die an sich schon verspätete Ernte bis zum Einsetzen des Frostes nicht in größerem Umfang geerntet werden konnte.“

Eine gleiche Feststellung ist vom sächsischen Landwirtschaftsamt erfolgt, der den Vorschlag macht, die Kartoffeln freizugeben: „ne den Kartoffelpreis zu erhöhen, damit von den einzelnen Landwirten noch etwas erzielt werden kann, was irgendmöglich ist. In gleicher Weise ist durch die Folgen des allzu früh einsetzenden Frostes, Entschärfung Arbeitsmangel, Streiks und der vergrößerten Arbeitszeit die Mühen derer, die den Verkauf preisgegeben worden und die Hoffnung auf Futtermittel und neuen Zucker mit einem Schlage zunichte gemacht worden.“

Regierungskrise in Berlin?

Die Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz haben zu einer Differenz zwischen den drei Parteien geführt, die im Reich die Regierung bilden. Die Demokraten haben einen Vermittlungsantrag wegen der Teilnahme der Arbeiter am Aufsichtsrat (§ 34 Abs. 12 des Betriebsrätegesetzes) gestellt, nach welchem die Arbeiter zur Beratung von ihnen gestellter Anträge am Aufsichtsrat teilnehmen, während das Zentrum abwartet, was aus den Verhandlungen zwischen Demokraten und Sozialdemokraten herauskommt. Der Berliner Mitarbeiter der N. Ztg. meint: „Von einer Regierungskrise zu sprechen, wie es die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten tun, die bereits den bevorstehenden Austritt der Demokraten aus der Regierung ankündigen, erscheint im Augenblick noch verfrüht. Die Krise liegt vielmehr innerhalb der demokratischen Partei selbst. Der linke Flügel der Demokraten ist bereit, den Sozialdemokraten entgegenzukommen, während der rechte, insbesondere die früheren nationalliberalen Führer, auf dem Standpunkt stehen, über den Vermittlungsantrag nicht hinausgehen zu dürfen.“ Wenn die Sozialdemokratie kein Entgegenkommen zeigt und das Zentrum auch auf ihre Seite tritt, während die Demokraten gegen den Absatz 12 stimmen, so wäre eine weitere Teilnahme der Demokraten an der Regierung an Frage gestellt.

Die besetzten Gebiete.

Der Streit um den höchsten Landrat. Nachdem bekanntlich vor einiger Zeit die Ausweisung des Landrats Dr. Klawer in Höchst am Main durch die französische Verwaltungsbehörde erfolgt ist, hat diese Behörde dem Reichsschulinspektor Hindrichs in Höchst die Verwaltung des Landratsamtes übertragen, obwohl die zuständige deutsche Verwaltungsbehörde hiergegen bei dem französischen Beehlhaber Einsprüche erhoben hat und die Staatsregierung Hindrichs in seinem Amt nicht anerkennt. Da Hindrichs das Amt ohne Genehmigung der ihm vorgelegten Behörde ausgeübt hat, im übrigen auch gegen ihn der Vorwurf erhoben wird, staatsfeindliche Bestrebungen durch seine politische Tätigkeit zu unterstützen, ist gegen ihn das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingeleitet worden.

Die Einschränkung des Zuckerverkehrs. Die Interalliierte Feldbahnkommission hat den in Aussicht genommenen Fahrplan für das besetzte Gebiet ab 22. November ds. J. nicht genehmigt und angeordnet, daß die für die Zeit vom 12. bis 21. November durchgeführte Einstellung des Schnell- und Personenzugverkehrs bis einschließl. 30. November ds. J. beizubehalten ist. Die Schnell- und Personenzüge verkehren somit im besetzten Gebiet auch ab 22. November nur in dem bisherigen, seit 12. November ds. J. gültigen Umfange weiter. Hinsichtlich des Zugverkehrs an Sonntagen tritt vorerst eine Änderung nicht ein.

Mittel gegen die Wohnungsnot. In Darmstadt fand eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Reichszentralbehörde und dem zuständigen hiesigen

Ministerium hat über die Frage der Errichtung von Wohnbauten in besetzten Gebieten. Es herrschte volle Übereinstimmung zwischen den Vertretern Reichsteile und dem anwesenden, heftigen Ministerpräsidenten Ulrich über die Notwendigkeit der zu erfolgenden Schritte. Die Besprechung führte zu einer Entscheidung. Es steht zu erwarten, daß schon in kurzem mit Mitteln des Reiches in weitestgehender Weise der Wohnungsnot im besetzten Gebiet entgegengetreten wird.

Abzug der amerikanischen Truppen am Rhein? Die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune meldet, daß die amerikanischen Truppen am Rhein zurückgezogen und nach den Vereinigten Staaten zurückgeschickt werden sollen, falls der Vertrag von Versailles durch den Präsidenten aus dem Senat zurückgezogen wird.

Der General, Oberbefehlshaber der Rheinarmee, hat kürzlich ihrer Unrechtheit und ihrer lägenhaften und tendenziösen Artikel wegen die Einfuhr der Frankfurter Zeitung in die besetzten Gebiete verboten.

Das hier unten angegebene Beispiel bestätigt von neuem die Doppeltzüngigkeit dieser Zeitung.

In ihrer Nummer vom 29. Oktober machte sie bekannt, daß eine Notzucht, die den Tod des Opfers herbeiführt hätte, von einem französischen Soldaten begangen worden wäre.

Der daraufhin eingeleiteten Untersuchung gemäß ist jedoch festgestellt worden, daß die Anklage vollständig unbegründet ist.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Reichszentralkasse für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Albenz“ traf am 21. November mittags in Brunsbüttel mit dem dritten Heimkehrertransport aus Ägypten ein. Der Dampfer brachte 1871 Militärpersonen und 116 Zivilinternierte. Oberleutnant von Schierstedt, der sich unter den Heimkehrern befindet, ist an Bord gestorben. Der Dampfer „Weser“, der den Rest der Gefangenen in Neaples nach der Heimat befördert, ist dem Vornamen nach am 17. November von Alexandria abgegangen.

Die deutsche Friedensdelegation wurde erneut unter Hinweis auf die Volksdemonstrationen und die Worte des Reichstagspräsidenten bei dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dautast, wegen sofortigen Beginns der Gefangenenheimkehrung vorgelegt.

Deutschland.

Der Reichskohlenrat beschäftigte sich auch mit den Grundgedanken des Entwurfs zu einem Vergarbeiterheimstättengesetz. Professor Ripping legte, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, im Auftrage der Regierung den Entwurf vor, der den Bau von 100 000 Wohnungen für Vergarbeiter vorsieht. Die Mittel dazu sollen durch eine Kohlenpreiserhöhung von vorläufig 5 Mark die Tonne beschafft werden. Zur Durchführung des Gesetzes wird die Bildung von Genossenschaften geplant, insbesondere die Errichtung von Mietgenossenschaften, an denen mit je einem Drittel die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kommunalverbände beteiligt sind. Von Arbeitgeberseite wurde gegen die Vorlage Stellung genommen, insbesondere durch Herrn Stinnes, der die Vorlage als nicht ausreichend bezeichnete. Die Wohnungsfrage sei viel zu spät in Angriff genommen worden. Die rheinisch-westfälische Industrie hätte schon früher Anregungen gegeben, die aber von der Regierung nicht aufgenommen worden seien. Oberregierungsrat von Tilly erwiderte, daß von früheren Vorlagen des Bergbaus nichts bekannt sei. Die damaligen Anregungen hätten nichts zu tun mit den neuen Vorlagen. Damals sei der Bau von Wohnungen durch die Besen vorgegeben gewesen, jetzt handle es sich nicht nur um eine Abhilfe der Wohnungsnot, sondern um ein großes soziales Werk, das den Vergarbeitern das Recht geben soll, ein eigenes Heim zu erwerben. Wenn Herr Stinnes den Plan als zu klein bezeichnet, so sei die Regierung gern bereit, ihn zu vergrößern und 200 000 Wohnungen zu errichten. Die Mittel dafür würden vorläufig durch die Kohlenpreiserhöhung um 5 Mark die Tonne geliefert. Eine weitere Kohlenpreiserhöhung für diesen Zweck könne man vorläufig nicht vor-

nehmen, es müsse die Entwicklung des Weltmarktes abgewartet werden. Man rechne jetzt mit Kosten von 30 000 Mark für jedes Haus. Die Vergarbeiter sollen nicht mehr als 400 Mark im Jahre als Tilgungssumme zahlen. Eine lange Erörterung entspann sich sodann über die Durchführung des Bauprogramms. — In der letzten Sitzung wurde der Entwurf zu einem Vergarbeiterheimstättengesetz an den sozialpolitischen Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen, wobei sich der gesamte Reichskohlenrat auf den Standpunkt stellte, daß durch eine großzügige Aktion eine Erhöhung der Kohlenförderung herbeigeführt werden müsse. In dem Entwurf soll auf die von beiden Seiten vorgebrachten Bedenken hingewiesen werden, jedoch sei darin keine Ablehnung des Entwurfs durch den Reichskohlenrat zu erblicken. Zum Schluß stellte der Vorsitzende, Generalsekretär Jungbusch, den inzwischen vorgeschlagenen Kandidaten für den Geschäftsführerposten, Generaldirektor Königer, den bisherigen Stellvertreter des Reichskohlenkommissars, der Versammlung vor und schloß die Tagung mit einem Hinweis darauf, daß der Reichskohlenrat seine ganze Arbeit darauf einstellen werde, eine Wiedergeburt unter Wirtschaft zu fördern.

Das Loch im Westen. In einer längeren Unterredung mit einem Vertreter der politisch-parlamentarischen Nachrichten machte der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Prof. Dr. Hirsch (früher an der Handels-Hochschule Köln tätig) bei der Erörterung des Problems vom Loch im Westen folgende interessante Mitteilung: Die Einfuhr seit Frühjahr bis Mitte Oktober, die gegenwärtig erfolgt ist, schätzte die zuständigen Stellen auf 17 Milliarden Mark, von denen etwa 4 Milliarden Mark auf Lebensmittel und ebensoviel auf die notwendigeren englischen und amerikanischen Zigaretten entfielen, ein Betrag allein für Zigarettenraucher, der dem Nominalwerte der französischen Kriegsentlohnung von 1871 gleichkommt. Der Rest verteilt sich auf Seidenbänder, Japans, Persien, Paradiesvogelbälge und noch bedenklichere Luxuswaren. Das Ausland hat sich bereichert. Der deutsche Schieber meinte daselbst getan zu haben und hat in Wirklichkeit den Wert seines Vermögens und desjenigen seiner Volksgenossen durch seinen eigenen Druck auf die Mark verringert. — Auf die Frage, welche Maßnahmen die Regierung gegen das Einströmen der Waren und die Ausfuhr Deutschlands durch sinnlose Ein- und Ausfuhr zu ergreifen gedenke, antwortete Dr. Hirsch: Gegen die ungezügelter Einfuhr gibt es eine Dose. Wir werden die Waren, sofern sie in einigen Teilen des besetzten Gebiets unserm Zugriff noch nicht unterliegen, überall da fassen, wo sie im unbefestigten Gebiet gefunden werden. Eine neue Verordnung darüber ist in Vorbereitung. Im übrigen wird die Politik der freien Einfuhr für die nichtkontrollierten Lebensmittel und Industrieerzeugnisse nicht verändert, schon weil durch eine völlige Einschränkung des freien Handels nur dem Schiebertum Vorschub geleistet wird. Eine Forderung könnte vielleicht bei ganz großen Auslandskrediten in Frage kommen. Bei der Einfuhr werde eine präzisere Ueberwachung notwendig sein. Man ging bisher von dem Standpunkte aus, daß das eigene Interesse des deutschen Kaufmanns eine Verschleuderung von Waren verbiete, und daß die Herbeibringung der letzten Auslandserzeugnisse von selbst ein „Dumping“ verhindern werde. Leider sehen aber viele deutsche Kaufleute, die sich zum Teil jetzt in den Exporthandel drängen, die enormen Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandpreisen nicht oder wollen sie aus kurzfristigen Konkurrenzgründen nicht sehen. Dazu steht das berufsmäßige Schieberum fast seine Praktiken um: Früher schob es Genussmittel und Luxuswaren herein, jetzt schleppt es Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel in Massen hinaus. Vor allem aber kaufen Ausländer Deutschland mehr und mehr aus, und diese haben nur das Interesse an niedrigsten Preisen und streuen bei leichtgläubigen Handelskreisen immer wieder Gerüchte über angebliche Konkurrenzunfähigkeit dieser oder jener Industrie aus. — Als Maßnahme gegen die Schleiender Konkurrenz schlägt Dr. Hirsch vor: Hebung der Zolldarstellung auf Weltmarktniveau, Kontrolle der gesamten Ausfuhr durch preisprüfende Außenhandelsstellen und Ausfuhrzölle.

Die Rückzugskämpfe in Litauen. Ueber die Lage im Baltikum berichtet das Wolffsche Telegraphenbüro von zu-

ständiger Stelle: Die eiserne Division ist im Rückzuge begriffen. Ueber ihren augenblicklichen Standort ist nichts näheres bekannt. Mitau ist vermutlich geräumt. Der deutsche Panzerzug, der zum Schutz der deutschen Eisenbahnverwaltung im Baltikum zurückgeblieben war, ist durch die Russen angegriffen und verbrannt. Der Eisenbahnzug, in dem sich Deutsche befanden, wurde ergebnislos angegriffen. Bei Radschwil wird erbittert gekämpft. Tauraggen ist von regulären russischen Truppen besetzt. Auch bei Prekule greifen die Russen an. Die Bahnhäuser Tauraggen-Breken ist unterbrochen. General von Eberhardt befindet sich in Schaulen. Die Reichskommission für das Baltikum hat sich nach Tauraggen begeben.

Die Damaskische deutsche Präsidentschaftskandidat. Aus Berlin wird gemeldet: Aus Veranlassung des Bundes deutscher Bodenreformer sprach im Reichstag Dr. Wollf Damask über „Bodenreform und Zukunft“. Da Damask von seinen hiesigen Anhängern für den Posten des Reichspräsidenten aufgestellt worden ist, so kann man die Rede Damask als Aufruf für seinen Wahlkampf ansehen. In den Vordergrund seiner Betrachtungen stellte Damask die Behauptung, daß die alte Wirtschaftsform endgültig Schiffbruch gelitten habe, und daß man mit dem Sozialismus einen ehrlichen Frieden abschließen müsse. Die Sozialisierung müsse sich auf Luft, Wasser und Erde sowie auf alles, was in ihr stecke, ausdehnen. Eine Rettung für das deutsche Volk sei nur möglich, wenn Individualismus und Sozialismus sich die Hände reichen. Nach kurzer Debatte wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Veranlassung der Kandidatur Damaskes zustimmte.

Die Sparprämienanleihe. Bezüglich der Zeichnung der Deutschen Sparprämienanleihe tauchen die Verhandlungen im Publikum darüber auf, ob für jede 1000 Mark Sparprämienanleihe der Betrag von 500 Mark in Reichsmark zur Auszahlung nur zugelassen ist oder ob er auch in Reichsmark sein kann. Es wird hierdurch wiederholt festgestellt, daß die Hälfte jeder einzelnen Zeichnung in Reichsmark gezahlt werden muß, so daß also die Zahlung der Gesamtsumme in bar unzulässig ist.

Die Viehbelieferungen an den Verband. Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Ausführung des Friedensvertrages behandelte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dirlage (Zentr.) den Entwurf einer Weisung, die die Anweisung der Viehbelieferungen an den Verband der Friedensvertragsparteien in einer kurzen Generaldebatte in den Sinn, die angeforderten Viehmengen, deren Auslieferung auf die einzelnen Länder nach einem Schlüssel verteilt wird, im Auge des freien Kaufs zu erwerben und nur im Falle der Zwangsenteignung zu schreiten. Während der Beratungen wurde festgestellt, daß neben den von Frankreich und Belgien geringfügigen Lieferungen Belgien weitergehende Zugeständnisse gewährt habe.

Die Not der Republik Österreich.

Deutsche Hilfe. Das Wiener Staatsamt hat sich bereit erklärt, die erbetene Hilfe mit 5000 Tausend Mark gegen Ueberlassung der entsprechenden Getreidemengen aus den auf dem Rhein für Österreich schwimmenden Transporten zu gewähren. Diese Anleihe würde jedoch erst in einigen Tagen erfolgen können, weil die deutsche Regierung vorher in den Besitz der Kommissariate über die betroffenen Schiffsladungen gelangen müsse. Das Staatsamt für Volksernährung habe veranlaßt, daß die Transporte in Pöndelverkehr zwischen Mannheim und Regensburg auf der Bahn nach Österreich durchgeführt werden. 10 Waggons Kartoffeln, Mehl, Reis, Weizen und Futtermittel seien aus Südbavien freigegeben und nach Österreich zu transportieren. Hierdurch sei zwar eine leichte Entlastung eingetreten, doch bleibe die Lage andauernd ernst.

Der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten. Der in Rom vor einigen Tagen eingetroffene Rat erklärte bezüglich der Lebensmittelversorgung Österreichs, daß er weder über die Bezugsgrenzen noch über die Macht verfüge, um den Bedürfnissen Deutsch-

Eva.

Novelle von Helmut von Mör.

Nachdruck verboten.

Sie schlenderten langsam durch die Hauptstraße, die drei, Arm in Arm. Eva von Sidow ging in der Mitte. Sie war die größte — wunderschön ebenmäßig war sie gebaut, und schlank und biegsam wie junges Rohr. Hübsch war sie mit den großen Träumeraugen, dem feinen Naschen und dem herrlichen, kleinen Mund. Aber sie hatte zuweilen so ihre Art, den Kopf zurückzuwerfen, und konnte recht fast und recht hochmütig aussehen — wie zum Beispiel eben jetzt.

„Rein, ich finde durchaus nicht, daß ihr Betragen zu rechtfertigen ist“, sagte sie fest. „Und ich weiß nicht, ob ich noch weiter so freundschaftlich mit ihr verkehren werde.“

Die kleine Elfe Lorenz, die so rundlich und so gutmütig war, und immer zwei Schritte trippeln mußte, wo die anderen einen machten, entgegnete ganz besürzt:

„Aber, Elsie, du wirst doch nicht — Bedenk doch, er ist von hinten an sie herangeraten, sie hat ihn nicht gesehen. Er heiratet sie doch auch wahrscheinlich; und dann — so ein richtiger Kuß war es schließlich gar nicht.“

Und Herta Behrendt, die auf Evas linker Seite ging, summte vor sich hin:

„Und ich hab' — sie doch nur — auf die Schul-ter geküßt.“

„Wißt ihr — ich finde euch heute einfach — einfach komisch“, sagte Eva da eisig. „Ihr nehmt das ja sehr leicht. Am Ende würdet ihr euch auch so von einem beliebigen Herrn küssen lassen.“

„Ich glaube nicht“, meinte Herta Behrendt phlegmatisch. „Von einem beliebigen gewiß nicht. Aber wenn mir mal einer, der sonst mein guter Freund ist, auf einem Ball in aller Harmlosigkeit einen Kuß raubt — du lieber Himmel! Warum denn nicht?“

„Herta!“

„Ja?“

„Hast du — bist du — hat dir am Ende schon mal — wirklich — jemand —“

„Einen Kuß geraubt? Natürlich.“

„Wo?“

„Aber, Kind — ich bin doch kein Eisblock.“

„Merkt doch schon ein Weibchen her. Er hieß Max Zuroen — hübscher Name, nicht? —, besuchte das Gymnasium und trug wunderschöne Salspfe. Ich war zwölf Jahre alt — er war meine erste Liebe. Sie hat mir meine letzten Ohrfeigen eingetragen.“

„Herta — wenn du dich über mich lustig machen willst — mir ist die Sache sehr ernst!“

„Mir nicht. Trude hat uns erzählt, daß ihr Meinhardt einen halben Kuß gegeben hat — eine Sache, die so harmlos wie möglich ist. Es war durchaus vernünftig und natürlich, daß sie deswegen weder lange mit ihm schmollte, noch es für ein großes Unglück nahm. Und ich begreife deinen Standpunkt nicht. Meine Anschauung ist eben, daß ein Kuß kein Verbrechen ist, und daß sich junge Leute gern mal küssen dürfen — auch wenn nicht gleich eine Verlobung daraus wird.“

„Sehr hübsch!“, erwiderte Eva spöttisch und rümpfte das Naschen noch mehr. „De gustibus non est disputandum. Ich bin durchaus keine Männerfeindin und gedenke mich zu verheiraten, sobald sich der Rechte gefunden hat. Aber mich von einem anderen Menschen als meinem zukünftigen Mann küssen lassen — nie!“

Das kam so energisch, daß die beiden anderen unwillkürlich lachten. Evas Wangen färbten sich bunter.

„So etwas wagt ein Mann überhaupt nur, wenn das ganze Benehmen eines jungen Mädchens ihm Mut gemacht hat“, sagte sie heftiger als zuvor. „Und es werden doch nur die geküßt, die darauf ausgehen. Das laßt ich mir nicht ausreden. Mir könnte so etwas nie passieren.“

Herta räusperte sich. Da blieb Eva stehen und zog ihren Arm mit einem zornigen Ruck aus dem der Freundin.

„Bezwieselst du es etwa?“ fragte sie in größter Erregung.

„Aber, Kind, Kind, Elsie“, suchte die zu Tode erschrockene Elfe zu begütigen. Herta aber beharrte in ihrem Phlegma.

„Wir brauchen uns deshalb durchaus nicht zu zanken“, sagte sie. „Ich meine nur, so etwas wie der Trude kann jeder passieren, solange nicht alle Männer in Städtchen verwandelt werden — was der Himmel verhüten möge. Was jeder passieren kann, kann dir auch geschehen. Ich weiß also nicht, weshalb du dich aufregst.“

„Nie — nie könnte es mir geschehen“, wiederholte Eva pathetisch. Herta Behrendt zwakte ein wenig mit den Schultern.

„Da gehen unsere Ansichten eben auseinander! — Höre — ich will dir etwas vorschlagen. Jede, die zwischen heute und Weihnachten — das heißt also im Verlauf von sechs Monaten — von einem Manne geküßt wird, der nicht ihr Bräutigam ist, muß es zu Weihnachten den beiden anderen beichten — nebst genauer Schilderung der Umstände, unter denen das Unglück geschehen ist. Bist du nicht davon betroffen, so will ich mich für besiegte erklären, mich zu deiner Auffassung bekehren und zu der Versicherung armer Kinder zwanzig Mark stiften. Bist du dagegen im Laufe der sechs Monate von einem Mann geküßt worden, mit dem du nicht verlobt bist — Vater und Brüder natürlich ausgenommen — so hatte ich recht, und du mußt dich der Buße unterziehen. Einverstanden?“

„Meinetwegen“, erklärte Eva halb wider Willen. „Obwohl.“

„Also — Schluß dann mit dem Thema! — Kommt ihr wohl ein bißchen zu mir herauf, Kinder?“

Eva vernahmte. Sie hatte einen weiten Weg vor sich — aus dem Städtchen bis zum Sidowschen Gutshaus hinaus waren's anderthalb Stunden. Da mußte sie denken, wenn sie noch vor Eintritt der Dunkelheit heimkommen sollte. So verabschiedete sie sich von den Freundinnen — etwas weniger herzlich als sonst, denn Hertas Zwieselt hatten sie ernstlich gekränkt.

Heiß war's, sehr heiß und still. Irgendwo weit, entfernt sang eine Lerche, und zuweilen drang ein vornehmer Ton herüber wie Menschenlachen, oder Singen vom Felde her, wo die Schnitter bei der Arbeit waren. Hier im entlegensten Winkel des Parks rührte sich nichts. Die Blätter der Büsche und Bäume hingen schwer in der weißlich glimmernden Luft, heiß und müde lag die Sonnenstrahlung auf dem Kieswege, selbst der Himmel war etwas Ermüdetes in seinem tiefen, von keiner Macht unterbrochenen Blau.

Aussetzung folgt.

[021]

